

Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg
Referat 14 – Betriebliches und Behördliches
Mobilitätsmanagement und Recht
Dorotheenstraße 8
70173 Stuttgart

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Förderrichtlinie Betriebliches und Behördliches Mobilitätsmanagement
des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg

Allgemeine Angaben zum Antrag

Projekttitel/-name:	
Laufzeit:	
Name des Antragstellers /der Antragstellerin:	
Rechtsform des Antragstellers /der Antragstellerin:	
Anzahl der Beschäftigten: <i>Bitte berücksichtigen Sie hier auch Partner- bzw. verbundene Unternehmen - insb. bei KMU relevant.</i>	
Jahresumsatz - falls vorhanden - <i>Bitte berücksichtigen Sie hier auch Partner- bzw. verbundene Unternehmen - insb. bei KMU relevant.</i>	
Ansprechperson für das Projekt: Vor- und Nachname: Funktion: Telefon: E-Mail:	
Weitere Ansprechperson für das Projekt: Vor- und Nachname: Funktion: Telefon: E-Mail:	
Projektpartner <i>- falls vorhanden -</i> Name des Projektpartners Anschrift Jahresumsatz, Anzahl der Beschäftigten Ansprechperson	

Informationen zum Antragsteller/zur Antragstellerin

Beschreibung des Unternehmens/der Behörde/der Organisation und des Standorts/der Standorte, für den/die das Mobilitätsmanagement geplant wird. Gehen Sie hierbei bitte auf die Lage der Standorte ein und beschreiben Sie grob die bestehenden Anbindungsmöglichkeiten (Radnetz, ÖPNV, Auto, Fuß, Sharing-Angebote).	
Angaben zu Parkplätzen Werden den Beschäftigten kostenlose Parkplätze zur Verfügung gestellt oder erfolgt eine Bezahlung (ggf. in welcher Höhe)? Wie werden die Parkplätze vergeben?	
Gibt es bereits Radinfrastruktur (Abstellplätze, Lademöglichkeiten für E-Bikes/Pedelecs, Dusch- und Umkleidemöglichkeiten etc.)? Wenn ja wo und in welcher Anzahl und Qualität? Liegen Daten zur Auslastung dieser Infrastruktur vor?	
Bitte stellen Sie zudem dar, welche Aktivitäten im Bereich Mobilitätsmanagement in der/dem Behörde/Organisation/Unternehmen bereits unternommen werden. Zählen Sie die bestehenden Mobilitätsangebote für Beschäftigte (wie bspw. Jobticket, Radleasing, mobiles Arbeiten) und deren Nutzungsquote (wenn bekannt) auf.	

Informationen zum Projekt

Kurzdarstellung des Projekts Bitte fassen Sie die Maßnahmen des beantragten Projekts in max. 5 Sätzen kurz zusammen. Bei Umsetzungsmaßnahmen können gerne die einzelnen Vorhaben stichwortartig aufgezählt werden.	
Darstellung der Ziel-/Nutzergruppen des Projektes Beschreiben Sie hier, an wen sich das Projekt richtet. <i>Bspw.: Pendler:innen, Dienstverkehr der Mitarbeiter:innen, Kundenverkehr</i>	
Handelt es sich um ein Projekt in Stufe 1 (Analysen und Konzepte) oder in Stufe 2 (Umsetzung von Maßnahmen)?	Wählen Sie ein Element aus.

Zusätzliche Informationen zur Beantragung von Projekten in Stufe 2

- Nur auszufüllen, wenn Projekte in Stufe 2 beantragt werden -

Analysen

Bitte nennen Sie die wesentlichen Analysen, die bereits durchgeführt wurden, und deren Ergebnisse.
Das Potenzial der Verkehrsvermeidung/-verlagerung/-verbesserung für die beantragten Maßnahmen muss dargelegt werden.

Aktueller Modal Split

Bitte nennen Sie hier den aktuellen Modal Split der Beschäftigten.
Sie können dem Antrag auch gerne eine Grafik beifügen.

Konzept/

Abgeleitete Maßnahmen

Beschreiben Sie kurz das Maßnahmenkonzept, dass sich aus den Analysen für Sie ergibt.
Welche Schlüsse werden aus dem Ergebnis der Analysen für die umzusetzenden Maßnahmen gezogen?
Mit welcher Priorisierung sollen die Maßnahmen umgesetzt werden?

Finanzierungsplan

Der Kosten- und Finanzierungsplan ist als Anlage 1 (Excel-Datei) beigelegt.

Weitere Fördermittelgeber

Wird das Projekt aktuell oder zukünftig durch weitere Fördermittelgeber/Dritte (z.B. EU, Bund) unterstützt?

Wenn ja, ergänzen Sie bitte die folgenden Angaben:

Antragsteller/in:

Zuwendungsgeber:

Höhe der Zuwendung:

Gesamtlaufzeit von/bis
(Monat/Jahr):

Aktueller Status (Einreichung
geplant, bereits eingereicht,
bewilligt):

Gegenstand der Zuwendung sind
folgende Bestandteile des
Projektes:

Auflistung der Inhalte des beantragten Projekts

Füllen Sie bitte für jede geplante Analyse und/oder jedes geplante Konzept (Stufe 1) oder für jede Umsetzungsmaßnahme (Stufe 2) eine Zeile aus.

Nr.	Name der Maßnahme	Beschreibung der Maßnahme	Ziel(e) <i>Das Potenzial der Verkehrsvermeidung/-verlagerung und die Ziele für die Überprüfbarkeit sind möglichst gut operationalisiert oder quantifiziert darzustellen.</i>	Evaluation(sinstrument) <i>Nur in Stufe 2 auszufüllen. Für jede Umsetzungsmaßnahme muss ein Evaluationsinstrument definiert werden, mit dem die Zielerreichung überprüft wird.</i>	Kosten <i>Bitte geben Sie an, um welche Kostenart es sich handelt.</i> • Sachkosten, Gemeinkosten, Betriebskosten, • Kosten für Studien und Beratungsleistungen • Investitionskosten
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

Erklärungen

- ☐ Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde.
- ☐ Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass mit Hilfe der Zuwendung Maßnahmen ergriffen werden, die ohne eine Zuwendung aus finanziellen Gründen nicht ergriffen werden könnten.
- ☐ Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass er den erforderlichen Eigenanteil erbringen wird und die Gesamtfinanzierung des Vorhabens damit gesichert ist.
- ☐ Dem Antragsteller/der Antragstellerin ist bekannt, dass die Angaben, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes sind. Subventionserhebliche Tatsachen sind die Angaben im Förderantrag und im Verwendungsnachweis sowie in den eingereichten Unterlagen. Der Zuwendungsempfänger/die Zuwendungsempfängerin ist verpflichtet, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind (§ 3 des Subventionsgesetzes). Dem Antragsteller/ der Antragstellerin ist bekannt, dass ein Unterlassen den Tatbestand eines strafbaren Betruges begründet.

Erklärung zur Finanzierung aus Zuwendungen der öffentlichen Hand

Der Antragsteller/Die Antragstellerin erklärt, dass er/sie durch Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert wird.

Erklärung Vorsteuerabzugsberechtigung gem. § 15 UStG

Der Antragsteller/Die Antragstellerin erklärt, dass er/sie

Ort

Datum

Unterschrift der
Behördenleitung/Geschäftsführung

Unterschrift des
Betriebsrates/Personalrates

*(Bitte ergänzen: Amts-/Funktionsbezeichnung,
Name in Druckschrift)*

(Bitte ergänzen: Name in Druckschrift)